



Niederschrift

über die Sitzung
des Sozialausschusses
am 12.11.2024

Anwesend

- Vorsitz

Lensch, Eckart, Dr.

- Mitglieder

Armas, Jonathan
Beckmann, Ulrike
Bicknell, Teresa
Boos-Waidosch, Marita
Gorges, Stefanie
Klee, Wolfgang, Dr.
Lippold, Manfred
Mauerer, Carmen
Odenweller, Anette in Vertretung für Karsten Lange
Ott, Tim
Schmöller, Jana
Siebner, Claudia
Westrich, Sissi
Wolf-Rammensee, Dagmar

- beratende Mitglieder

Diefenbach, Kerstin
Kurz, Michael
Stadtfeld, Thomas stellvertretend für Diana Rizkalla

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Lange, Karsten
Preuß, Jim

- beratende Mitglieder

Carstensen, Jens
Engelberty, Klaus

- Schriftführung

Kienle, Lars

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Konstituierung des Sozialausschusses
2. Verpflichtung der Ausschussmitglieder
3. Einführung in die Arbeit des Sozialausschusses
4. Aktueller Sachstandsbericht zur Armutsprävention
5. Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
6. Vorstellung Konzept "Unterkunft Plus"
7. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 24.04.2024
8. Mitteilungen
9. Stiftung Bürgerliche Hospizien
Vorlage: 1169/2024

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.
Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Konstituierung des Sozialausschusses**

Herr Dr. Lensch stellt fest, dass sich mit dieser Sitzung der Sozialausschuss für die neue Legislaturperiode konstituiert hat.

Punkt 2 **Verpflichtung der Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Lensch verpflichtet mittels Handschlag folgende Mitglieder, die noch nicht über den Stadtrat oder andere Gremien verpflichtet wurden:

Frau Beckmann	AfD
Frau Diefenbach	Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH
Herr Stadtfeld	Caritasverband

Punkt 3 **Einführung in die Arbeit des Sozialausschusses**

Herr Dr. Lensch führt in die Arbeit des Sozialausschusses ein und gibt einen kurzen Überblick über die Themen der letzten Legislaturperiode. Anschließend erläutert Herr Hensel, Amtsleiter des Amtes für soziale Leistungen, die unterschiedlichen Arbeitsbereiche des Sozialausschusses.
Die Zusammenstellung ist für die Ausschussmitglieder als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Punkt 4 **Aktueller Sachstandsbericht zur Armutsprävention**

Frau Jessica Kaloianis, Sozialplanerin im Amt für soziale Leistungen, führt in das Thema ein und gibt einen Überblick zur aktuellen Armutsprävention. Sie erläutert, dass eine Konzeption für den Aufbau von Vernetzung- und Steuerungsstrukturen zur Armutsprävention auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses 1861/2023 erarbeitet wurde. Die Konzeption sieht die Einbindung und Vernetzung aller wesentlichen armutsrelevanten Akteur:innen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern auf verschiedenen Ebenen vor.

Die Sozialraumanalyse 2023 wurde im Team der Integrierten Sozialplanung ausgewertet. Zur Ableitung von Handlungsempfehlungen zu den Kernthemen ‚Armut‘, ‚Bildung‘ und ‚Alter‘ sind Beteiligungsveranstaltungen geplant. Eine erste Beteiligungsveranstaltung mit den Ortsvorsteher:innen hat bereits stattgefunden. Eine Beteiligung der AG Armut ist für Februar 2025 geplant.

Derzeit finden Gespräche mit Akteur:innen, Arbeitsgruppen und Netzwerken auf Stadtteilebene statt, um einen Eindruck von der Lage und den Herausforderungen vor Ort zu bekommen. Ziel dieser Gespräche ist es, den Aufbau bzw. Ausbau von Präventionsketten anzustoßen.

Ein erstes Treffen der AG Armut ist vor den Sommerferien zustande gekommen. Auf Bitte der Ausschussmitglieder erklärt sich Frau Kaloianis bereit, die Protokolle der Sitzungen der AG Armut zur Verfügung zu stellen.

Fragen seitens der Ausschussmitglieder werden von Frau Kaloianis beantwortet.

Punkt 5 **Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Frau Bianka Thut, Abteilungsleiterin für den Bereich Allgemeine Sozialhilfe und Wohnen, stellt die Flüchtlingssituation in Mainz dar. Aktuell betreut die Stadtverwaltung Mainz 18 Gemeinschaftsunterkünfte mit 3.218 Plätzen, wovon 2.608 Plätze belegt sind. Davon sind 668 ukrainische Geflüchtete in 7 Gemeinschaftsunterkünfte untergebracht, in denen eine Kapazität von 812 Plätzen vorhanden ist. In den 12 Gemeinschaftsunterkünften für nicht ukrainische Geflüchtete besteht aktuell eine Kapazität von 2.406 Plätzen bei einer Belegung von 1.940 Geflüchteten. Die aktuellen Zuweisungszahlen belaufen sich auf durchschnittlich 20 Personen pro Woche.

Im Anschluss werden Fragen seitens der Ausschussmitglieder von Frau Thut beantwortet.

Punkt 6 **Vorstellung Konzept "Unterkunft Plus"**

Herr Dr. Lensch führt in das Thema ein und erläutert, dass sich die neue „Unterkunft Plus“ gezielt an wohnungslose Menschen richtet, die neben ihrer sozialen Notlage auch unter psychischen Erkrankungen leiden.

Frau Thut, Abteilungsleiterin für den Bereich Allgemeine Sozialhilfe und Wohnen, und Herr Geiger von der Mission Leben stellen das Konzept vor. Seit September ist die Unterkunft Plus in Bahnhofsnähe mit insgesamt 17 Plätzen in Betrieb. Während des ersten Jahres sollen zunächst nur 10 Plätze belegt werden. Derzeit sind 4 Plätze mit 2 Frauen und 2 Männern belegt. Ziel der Unterkunft Plus ist es, wohnungslose Menschen mit psychischen Erkrankungen wieder in das reguläre Hilfesystem zu integrieren und hierdurch Obdachlosigkeit zu verhindern. Anschließend erläutert Frau Thut die formellen Voraussetzungen zur Aufnahme von Personen in die Unterkunft. Die Aufnahme erfolgt über Belegungskonferenzen.

Im Anschluss werden Fragen seitens der Ausschussmitglieder von Frau Thut und Herrn Geiger beantwortet.

Punkt 7 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 24.04.2024

Die Niederschrift vom 24.04.2024 wird ohne Einwände zur Kenntnis gekommen.

Punkt 8 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Die nächste Sitzung des Sozialausschusses findet am 25.02.2025 statt.

**Punkt 9 Stiftung Bürgerliche Hospizien
hier: Kreditaufnahme zur Sanierung des Knebel'schen Hofes im
Mainzer Alten- und Wohnheim
Vorlage: 1169/2024**

Herr Dr. Lensch stellt die Beschlussvorlage vor. Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Fragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Verwaltung wird ermächtigt, für die geplante Sanierung des Gebäudeteils Knebel'scher Hof im Mainzer Alten- und Wohnheim durch die Stiftung Bürgerliche Hospizien einen Kredit in Höhe von 3.000.000,00 Euro aufzunehmen und diesen durch die Eintragung einer Grundschuld zu besichern.

Die Verwaltung wird außerdem dazu ermächtigt, ein bestehendes Darlehen der Bürgerlichen Hospizien nach Auslauf der Zinsbindung am 30.03.2025 mit einem Restnominal in Höhe von 3.282.755,28 Euro zu verlängern und ebenfalls durch Eintragung einer Grundschuld zu besichern.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

gez.

gez.

.....
Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

.....
Lars Kienle
Schriftführung

